René Lehweß-Litzmann

Francesco Laruffa

SOFI Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

Sozialpolitik als Empowerment:

Aktivierungsmaßnahmen für junge Erwachsene

Kurz und knapp

Viele junge Menschen münden nach Verlassen des Schulsystems nicht in eine Berufsausbildung oder ein Studium ein, sondern in das „Übergangssystem". Dies liegt einerseits an einer mangelnden Aufnahmefähigkeit, aber zum Teil auch -bereitschaft des Berufsbildungssystems. Andererseits liegt es an zunehmenden Problemlagen, aus denen heraus junge Menschen die geforderten Schulabschlüsse nicht erreichen. In unserer empirischen Forschung im Involve-Projekt haben wir uns Aktivierungsprogramme angeschaut, die jungen Menschen den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ebnen sollen.

Die Teilnehmenden werden durch die beobachteten Aktivierungsmaßnahmen befähigt, indem ihre Handlungsmöglichkeiten durch nachgeholte Schulabschlüsse und durch Möglichkeiten des Ausprobierens erweitert werden. Zuspruch durch Sozialarbeiter:innen sorgt dafür, dass Teilnehmende geeignete Optionen auch verstärkt anstreben und sich zutrauen. Nach negativen Erfahrungen in der Schule bieten die Maßnahmen den meisten Teilnehmenden eine positive Erfahrung mit „Institutionen".

Allerdings funktionieren die Maßnahmen nicht für alle Teilnehmenden gleich gut, das „matching" wäre zu verbessern. Nicht zuletzt aber müsste das Grundproblem der Aufnahmefähigkeit des Berufsbildungssystems gelöst werden. Die „Ausbildungsgarantie" der Bundesregierung, die als „Ultima Ratio" auch außerbetriebliche Ausbildungen vorsieht, weist hier in die richtige Richtung.

Mit dem Forschungsprojekt Involve förderte die europäische Union in den Jahren von 2023 bis 2026 ein internationales Netzwerk aus Forschungseinrichtungen, NGOs und einer Gewerkschaft.[1] Es ging dem Verbund darum, den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtstaat und Demokratie auf theoretischer und empirischer Ebene zu untersuchen. Ein besonderer Fokus wurde auf die Partizipationsmöglichkeiten der Klient:innen des Wohlfahrtsstaats bei dessen Governance gelegt. Dies sollte letztlich dazu dienen, die Potenziale, die Sozialpolitik für die demokratische Gesellschaft birgt, besser zu nutzen.

Die theoretische und normative Grundlage des Projekts bildet Amartya Sens „Capability Ansatz", welcher menschliche Wohlfahrt in Bezug auf „Verwirklichungschancen" definiert, d. h. auf Dinge, die eine Person tun oder sein kann, und die sie aus wohlüberlegten Gründen wertschätzt (Sen, 2000). Auf dieser Basis entwarfen wir einen neuen konzeptionellen Rahmen – das „receiver-doer-judge" Modell –, um eine Sozialpolitik zu formulieren und evaluieren, welche die Adressat:innen von Sozialpolitik nicht nur als „Empfänger:innen" von sozialstaatlichen Leistungen anspricht, sondern auch als Bürger:innen in der Demokratie (Bonvin/Laruffa, 2024). Daraus folgt, dass Leistungsbeziehende nicht als passive Objekte der Politik gesehen werden. Menschen als demokratische Subjekte zu betrachten heißt, ihre eigenen Werte und Ziele zu berücksichtigen.

Damit ist die „capacity to aspire" (Appadurai, 2004) der Adressat:innen angesprochen, ein weiterer konzeptioneller Bezugspunkt des Involve-Projekts. Dabei geht es um die Fähigkeit, sich eine positive Zukunft vorzustellen und sich konkrete Schritte dorthin bewusst zu machen. Dies

[1] Für mehr Informationen siehe die Homepage des Involve-Verbunds: https://involve-democracy.eu/

kann sich sowohl auf den privaten Bereich wie auch auf politische Ziele beziehen. Die capacity to aspire ist laut Appadurai in der Gesellschaft ungleich verteilt, da benachteiligte Gruppen weniger Chancen haben, von Optionen Kenntnis zu erlangen und sie auszuprobieren. Eine befähigende Sozialpolitik sollte daher nicht nur Leistungen anbieten und die Optionen der Adressat:innen erweitern, sondern auch dabei unterstützen, „Aspirationen" zu entwickeln (Bonvin/Laruffa, 2024).

Vor diesem Hintergrund konzipieren wir die Beziehung zwischen Demokratie und Sozialpolitik als wechselseitig: Einerseits kann ein demokratisch-partizipativer Ansatz Sozialpolitik verbessern. Andererseits kann Sozialpolitik die Demokratie stärken. Dafür spricht Folgendes:

1. Leistungsbeziehende sind im politischen System unterdurchschnittlich stark repräsentiert. Unter der Voraussetzung einer partizipativen Governance des Wohlfahrtsstaats kann demokratische Beteiligung dort „eingeübt" werden. Die Praxis der eigenen Mitsprache kann dann über den Leistungsbezug hinaus andauern. Wenn Klient:innen die Interaktion mit wohlfahrtsstaatlichen Institutionen als unterstützend erleben, kann dies zudem dazu beitragen, ihr Institutionenvertrauen insgesamt zu stärken.[2]

2. Auch aus ethischen Gesichtspunkten ist eine Mitsprache der Adressat:innen angezeigt, denn der Wohlfahrtsstaat greift in die persönliche Lebensführung ein. Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch, das Individuum als solches anzuerkennen.

3. Adressat:innen des Wohlfahrtsstaats sind aufgrund ihrer Erfahrungen „Experten:innen" für ihre Fälle. Sozialpolitik, die sich an ihren Bedürfnissen und Werten orientiert, befähigt sie, ihre Lebensziele zu verfolgen. „Ko-Produktion" durch die Adressat:innen stärkt die Zielgenauigkeit und Qualität der Intervention, was wiederum die Wirksamkeit erhöht.

4. Wohlfahrtsstaatliche Interventionen, die die sozioökonomische Lage von Klient:innen tatsächlich verbessern, schaffen eine materielle Grundlage, die für demokratische Teilhabe und Teilnahme notwendig ist. Denn finanzielle Notlagen können für Betroffene kognitiv und emotional so herausfordernd sein, dass sie ihnen den Raum für politische Partizipation nehmen (vgl. Marx und Nguyen, 2018: 912-913).

Diese Thesen haben unsere empirische Forschung im Involve-Verbund geprägt. Die acht Länder-Teams führten Untersuchungen in unterschiedlichen Feldern durch, darunter Gesundheit, Bildung, Arbeit, und Wohnen. Im Folgenden wird aus der Untersuchung des deutschen Projektpartners (SOFI) zu Aktivierungsmaßnahmen für junge Erwachsene berichtet und es werden Politikempfehlungen abgeleitet.

Aktivierungsprogramme im „Übergangssystem"

Jedes Jahr münden viele junge Menschen in Deutschland nach der Schule nicht direkt in eine Berufsausbildung oder ein Studium ein, sondern in das sogenannte „Übergangssystem" (ÜS). In 2025 waren es 262.000 Personen.[3] Das ÜS besteht aus unterschiedlichen Unterstützungsprogrammen, die alle gemeinsam haben, dass sie nicht mit anerkannten beruflichen Abschlüssen enden. Das ÜS ist heute zwar kleiner als noch vor zwei Jahrzehnten, auch weil die Zahl junger Menschen insgesamt abnimmt. Seit 2021 ist es aufgrund der verschlechterten Konjunktur allerdings Jahr um Jahr wieder stetig gewachsen.

Die Tatsache, dass es ein ÜS gibt bzw. geben muss, zeigt ein Problem an. Auf der einen Seite werden (höhere) Schulabschlüsse zunehmend relevant für Ausbildungs- und Beschäftigungschancen. Während junge Menschen früher häufig auch ohne Schulabschluss eine Ausbildung fanden, verlangen heute viele Ausbildungsgänge faktisch einen mittleren (und nicht nur einen ersten) Schulabschluss. Auf der anderen Seite nehmen Probleme zu, aus denen junge Menschen im Bildungssystem nicht erfolgreich sind: Gesundheitliche Schwierigkeiten wie AD(H)S, Depressionen und Angststörungen; (Cyber-)Mobbing; fehlende Unterstützung durch das Elternhaus (auf die sich das deutsche Schulsystem trotzdem weiter verlässt); bei manchen auch die Nachwirkungen traumatisierender Fluchterfahrungen. Im Jahr 2024 brachen 62.000 Jugendliche in Deutschland die Schule ohne Abschluss ab. Das sind 7,5 Prozent aller abgehenden Schülerinnen und Schüler, mit steigender Tendenz in den letzten Jahren.[4]

Programme im ÜS, die junge Menschen auffangen und auf das Berufsleben vorbereiten, werden von unterschiedlichen Organisationen in unterschiedlichen Formaten angeboten. Dazu zählen etwa schulische Berufsvorbereitungsjahre, Programme in Berufsfachschulen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen bei freien Trägern. In unserer empirischen Forschung im Involve-Projekt haben wir uns in den Jahren 2024 und 2025

[2] Im Gegensatz dazu können negative Erfahrungen wie lange Wartezeiten, aufwändige Verwaltungsauflagen, als demütigend erlebte Verfahren, das Vertrauen in das Institutionensystem untergraben (vgl. Kumlin, 2004; Nemčok et al., 2026).
[3] Quelle: Statistisches Bundesamt, https://www.datenportal.bmftr.bund.de/portal/en/Table-2.3.43.html, letzter Zugriff 2026-11-09.
[4] Quelle: Statistisches Bundesamt, https://deutschlandatlas.bund.de/karten/wie-wir-lernen/schulabgaenger-ohne-abschluss, letzter Zugriff 2026-11-17.

verschiedenen Aktivierungsmaßnahmen gewidmet, die von zwei gemeinnützigen Organisationen durchgeführt wurden: die eine in einer Großstadt, die andere in einer Kleinstadt im ländlichen Raum. Wir führten biografische Interviews und Fokusgruppen mit Teilnehmenden[5] der Programme durch, sowie mit Sozialarbeiter:innen und Management.

Auch wenn die Aktivierungsprogramme unterschiedliche Titel trugen, ähnelten sie sich in ihren Strukturmerkmalen: Sie dauerten etwa ein Jahr, boten Unterricht an jedem Werktag an, richten sich an eine feste Gruppe bzw. „Klasse" von etwa 15 bis 25 jungen Erwachsenen. Sie umfassten sowohl standardisierte Module für die gesamte Gruppe, als auch individuellere Module. Die Plätze wurden öffentlich finanziert; häufig aus kommunalen Töpfen und vermittelt über die Ausländerbehörde bzw. das Jobcenter.[6]

Die Bedarfe der Teilnehmenden stellten sich als äußerst heterogen dar, und so suchte jedes einzelne der Programme, ganz unterschiedliche Funktionen gleichzeitig zu erfüllen. Ganz basale Entwicklungsziele stellten Selbstmanagementkompetenzen dar, z. B. eine tägliche Zeitstruktur oder eine gesunde Ernährung. Hierfür wurden etwa feste, warme Mahlzeiten vom Träger angeboten oder auch mit den Teilnehmenden gemeinsam zubereitet. Andere strebten an, den ersten Schulabschluss nachzuholen. Manche suchten nach einer beruflichen Orientierung, d. h. einer Idee für eine passende Ausbildung, manche andere hatten bereits eine Vorstellung und suchten nach einem konkreten Ausbildungsplatz. Einzelne Teilnehmende hatten auch bereits ein Ausbildungsangebot in Aussicht und bis dahin Wartezeit zu überbrücken.

Wirkungen der Aktivierungsprogramme

Unsere Fragen nach den Wirkungen der Aktivierungsprogramme orientierten sich am o. g. „receiver-doer-judge"-Modell (Bonvin/Laruffa 2024). Neben der Frage, was die Teilnehmenden an Dienstleistungen erhalten (receiver-Dimension), spielte für uns deshalb eine Rolle, ob die Maßnahmen dazu beitragen, dass die Teilnehmenden ins Tun kommen (doer-Dimension), und ob Partizipationsmöglichkeiten bei der Gestaltung der Maßnahme geboten werden (judge-Dimension). Letztere Frage bezogen wir ebenso auf die Befähigung zur Teilnahme an demokratischen Prozessen über die Maßnahmen hinaus. Im Folgenden fassen wir die wichtigsten Ergebnisse zusammen (siehe Richter/Laruffa/Lehweß-Litzmann (2026) für eine detailliertere Analyse).

Trotz ihrer derzeitigen Arbeitsmarktferne machten die Maßnahmen-Teilnehmenden deutlich, dass sie nicht nach „irgendeinem" Job streben, sondern nach „guter Arbeit", nach einer erfüllenden Berufslaufbahn. Inwieweit bringen die Aktivierungsprogramme sie diesem Ziel näher? Diejenigen, die ihren ersten Schulabschluss nachholen wollten und dafür im Programm Schulstoff erneut durcharbeiteten, erreichten ihr Ziel. Ein Nachholen des mittleren Schulabschlusses war in den Programmen allerdings nicht möglich, da dies nicht vom Jobcenter gefördert wird. Dank individueller Beratung und der Vermittlung von Praktika bei regionalen Unternehmen waren überdies Fortschritte bei der Berufsorientierung bei Teilnehmenden feststellbar. Sie entdeckten neue Berufswünsche für sich oder passten einen zuvor gehegten Wunsch den realen Möglichkeiten an. Auch die verkleinerte Version eines zuvor gehegten Ausbildungswunsches (z. B. Tierpfleger statt Tierarzt) wurde, so unser Eindruck, als ein erstrebenswertes Ziel wahrgenommen. Für Teilnehmende, die nicht in Praktika vermittelt werden konnten, boten sich Möglichkeiten der Berufserprobung auf dem Gelände der Maßnahmenträger in eigens eingerichteten Lernumwelten (Werkstatt, Küche, Verkaufsraum).

Aufgrund ihrer Heterogenität profitieren die Teilnehmenden allerdings in unterschiedlichem Maße von den Programmen. Diejenigen mit anspruchsvolleren Bedürfnissen an das Niveau des Lehrstoffs und die Auswahl bei den Berufspraktika äußerten z. T. deutlich Unzufriedenheit mit den Angeboten. Sie hatten das Gefühl, in der Maßnahme ihre Zeit nicht effizient für sich nutzen zu können. Niedrigschwellige kreative Aktivitäten, die zwischendurch angeboten wurden, wurden von ihnen geradezu als „Zeitverschwendung" empfunden. Eine andere, kleinere Gruppe hingegen war noch nicht bereit für die Anforderungen und die Umgebung, die die Programme bereitstellten; sie hätte zunächst mehr soziale und psychologische Unterstützung benötigt.

Dies spräche im Grunde für eine stärkere Individualisierung der Maßnahmen. Allerdings ist die Strukturierung der Programme in „Klassen" ein wesentlicher Grund für die jungen Menschen, morgens aufzustehen und sich auf den Weg zum Maßnahmenträger zu machen. Je individueller das Programm wäre, desto weniger würde von den Teilnehmenden gemeinsam erlebt und desto weniger würde die soziale Vernetzung mit *peers* als Motivator wirken.

Hier ist zu erwähnen, dass die Jobcenter, die viele der Programmplätze finanzieren, in manchen Regionen tatsächlich stärker auf individuelle Ansätze setzen und weniger

[5] Das Sample der jungen Erwachsenen für die Einzelinterviews zählte 8 Frauen und 7 Männer im Alter von 17–24 Jahren. 12 hatten die deutsche Staatsbürgerschaft, von ihnen etwa die Hälfte mit Migrationshintergrund. 2 Personen hatten syrische und 1 Person die türkische Staatsbürgerschaft. 5 hatten mittlere Reife, 6 einen ersten und 4 noch keinen Schulabschluss. Darüber hinaus haben wir 9 Fokusgruppen mit jeweils etwa 15 Teilnehmenden durchgeführt.

[6] Rechtsgrundlage z. B. Aktivierungshilfe für junge Menschen (§ 45 SGB III) und Aktivierungshilfen für Jüngere (§ 16 SGB II).

auf Programme im Klassenverband. Ein Grund sind lange Anfahrtswege in dünn besiedelten Regionen, ein anderer, dass der Klassenverband nicht immer unterstützend und harmonisch ist, wie uns im Experteninterview berichtet wurde. In den von uns beobachteten Fällen waren wir jedoch von der annehmenden Atmosphäre beeindruckt. So konnten Teilnehmende z. B. offen darüber berichten, dass sie früher von ihren Mitschülern gemobbt wurden.

In einzelnen Bereichen, wie den Modulen zur beruflichen Orientierung, konnten die Teilnehmenden jedoch durchaus ihren individuellen Weg durch das Programm wählen. Einer berichtete uns im Einzelgespräch:

> *„Ja, meine Wünsche werden berücksichtigt. […] die empfehlen mir Hauswirtschaft zu machen, aber ich will Metall machen. Dann sagen die, ok, probieren wir erst mal Metall aus."*

Er berichtete weiter, dass die Teilnehmenden z. T. auch den Unterrichtsstoff und die Aktivitäten beeinflussen können:

> *„Natürlich kann man nicht alles machen. Aber das meiste, was wir vorgeschlagen haben, haben wir gemacht."*

Aus Sicht der Sozialarbeiter:innen, mit denen wir ebenfalls über die Programme gesprochen haben, ist es jedoch nicht leicht, die Teilnehmenden in die Gestaltung der Programme einzubeziehen: Die gebotenen Möglichkeiten dazu würden oft nicht ausgenutzt oder zuvor gewünschte Aktivitäten später nicht mitgemacht.

Für viele Teilnehmenden stellen die Maßnahmen an sich ein „schwer abzulehnendes Angebot" des Jobcenters dar: Auch wenn die Sanktionspraxis im Rahmen des (inzwischen von der Grundsicherung ersetzten) Bürgergeldes zwar moderat war, spielten dennoch Befürchtungen über Leistungskürzungen für die Teilnahmeentscheidung eine Rolle:

> *„Ja, also das war Pflicht, dass ich hierher kommen soll, weil sonst hätten sie mir mein Geld gekürzt. Also die erwarten von einem, dass man so eine Maßnahme macht, also man kann das gar nicht selber entscheiden."*

Aus Sicht der Sozialarbeiter:innen sind Sanktionsmöglichkeiten jedoch nicht *per se* negativ: Viele Teilnehmende würden die Angebote sonst gar nicht kennenlernen und gar nicht wissen, wie ihnen dort geholfen werden kann. Die Sicht der Teilnehmenden zu dieser Frage ist uneinheitlich, Sanktionsmöglichkeiten werden z. T. als „notwendiger Anstoß" gesehen, z. T. wird aber auch argumentiert, dass nur eine freiwillige Teilnahme positiv wirken könne.

Für den Erfolg wohlfahrtsstaatlicher Interventionen ist die Beziehungsebene zwischen Dienstleistungsnehmer und -geber höchst relevant. Das Verhältnis zwischen den Teilnehmenden und den Sozialarbeiter:innen war nach allem, was uns auch in anonymen Einzelinterviews berichtet wurde, von großem Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägt. Eine Teilnehmerin fasste es so zusammen:

> *„[M]an wird hier sehr viel unterstützt, also man kriegt hier überall Hilfe, sei es jetzt im schulischen, sei es im privaten Leben, sei es allgemein bei Fragen, bei Sorgen, bei etc. Sie sind sehr ansprechbar. Die sind hundertprozentig ansprechbar."*

Mehrere Befragte sagten, in der Maßnahme stünden zum ersten Mal überhaupt Erwachsene auf ihrer Seite. Professionelle psychologische Unterstützung, an der die Teilnehmenden großes Interesse hatten, konnten die Sozialarbeiter:innen zwar nicht anbieten, jedoch war in der großstädtischen Einrichtung eine Psychologin in Teilzeit tätig.

Auch wenn die Aktivierungsprogramme, als Teil des ÜS, hauptsächlich auf die Vorbereitung für eine Ausbildung bzw. eine Beschäftigung ausgerichtet waren, enthielten sie nebenbei ebenso Elemente von politischer Bildung. Dies waren Diskussionsrunden anlässlich zu Wahlen, aber auch der Besuch eines Lokalpolitikers im Unterricht bei einem Maßnahmenträger, und beim anderen ein Seminar in Kooperation mit einer Gewerkschaft (Themen: Cybermobbing, Rassismus). Teil eines der Programme war zudem eine Exkursion ins europäische Ausland. Die Teilnehmenden sollten damit in ihrer Rolle als Staatsbürger:innen angesprochen und gefördert werden. Da demokratische Partizipation (sowohl innerhalb als auch außerhalb der Maßnahmen) im Involve-Projekt ein zentrales Erkenntnisinteresse ist, haben wir in den Fokusgruppengesprächen und den Einzelinterviews dieses Thema ebenfalls vertieft.

Die meisten der befragten jungen Erwachsenen waren bereits wahlberechtigt, blieben Wahlen aber fern. Als Gründe gaben sie z. B. mangelndes Vertrauen in Politiker:innen und öffentliche Institutionen an. Bei der Mehrheit bestand wenig Interesse an Politik und folglich lagen nur geringe Kenntnisse über das politische System bzw. Personal vor. Die Informationskanäle, auf denen politische Inhalte die Teilnehmenden erreichen konnten, beschränken sich bei vielen auf soziale Medien. Es kam jedoch auch in Ausnahmen vor, dass Teilnehmende angaben, häufig in ihrer Freizeit Zeitungen und politische Magazine zu lesen.

Insgesamt gesehen ist die „Stimme" der beobachteten jungen Erwachsenen eher unpolitisch. Ihre Aspirationen gelten eher dem privaten Bereich, wie den Führerschein zu machen und eine gute Arbeitsstelle zu finden. Es sind eher

keine Ziele, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen. Eine offensichtliche Erklärung ist, dass die Teilnehmenden andere, dringlichere Themen und Probleme haben, die ihnen die Zeit und Energie dafür nehmen, politische Aspirationen und Aktivitäten zu entwickeln.

An der Politikferne können die Aktivierungsprogramme in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nichts grundlegend ändern. Im Sinne unserer Ausgangsthesen (s. o.) können sie jedoch die Klient:innen in ihrem Leben stärken, ihre sozioökonomischen Chancen verbessern, und ihnen eine positive Erfahrung mit (wohlfahrts-)staatlichen Institutionen vermitteln. Dies ist nicht gleichbedeutend mit einer verstärkten Teilhabe bzw. Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen, aber es ist die Grundlage hierfür.

Empfehlungen für eine befähigende Sozialpolitik

Viele der jungen Teilnehmenden erfahren durch die beobachteten Aktivierungsmaßnahmen eine Erweiterung der Optionen, aus denen sie auf dem nächsten Abschnitt ihres Berufs- und Lebenswegs auswählen können. Einerseits entstehen durch die Programme objektive neue Wahlmöglichkeiten, z. B. indem die Kompetenzen der Teilnehmenden gestärkt werden, andererseits sorgen die Maßnahmen durch Information und Zuspruch dafür, dass Teilnehmende die sich ihnen bietenden Möglichkeiten auch besser kennen und sich zutrauen. Nach den negativen Erfahrungen in der Schule, die die meisten Teilnehmenden gemacht haben, bieten die Aktivierungsmaßnahmen eine positive Erfahrung mit „Institutionen“.

Die Maßnahmen funktionieren jedoch nicht für alle gleich gut. Am meisten können unserer Beobachtung nach diejenigen profitieren, die sich im mittleren Bereich des Leistungsspektrums der Teilnehmenden befinden. Manche andere würden deutlich mehr soziale und psychologische Unterstützung benötigen, um sich in der Maßnahme zurechtzufinden und einbringen zu können. Wieder andere hingegen sind in ihren Bedarfen deutlich anspruchsvoller als die Angebote. Somit ist unsere zentrale Empfehlung auf Basis unserer Forschung, *für eine bessere Passung („matching“) zwischen Teilnehmenden und Maßnahmen zu sorgen*, denn eine Abstimmung einer einzelnen Maßnahme auf so heterogene Bedarfsprofile, wie wir sie angetroffen haben, scheint nahezu unmöglich. Geht die gewählte Maßnahme nicht auf die tatsächlichen Bedarfe ein, verbringen junge Menschen u. U. ein Jahr ihrer wertvollen Zeit in einer Maßnahme, aus der sie nur wenig mitnehmen.

Für eine passende Auswahl der Maßnahme bedarf es einer tiefergehenden Analyse der individuellen Bedarfe im Vorfeld. Um dies leisten zu können, benötigen die verantwortlichen Institutionen ausreichende Personalkapazitäten. Wenn der Betreuungsschlüssel der Vermittlungsfachkräfte im Jobcenter zu ungünstig ist, steht nicht genügend Zeit für eine individuelle Fallanalyse zur Verfügung. Ist der Arbeitsdruck zu hoch, fehlt es dem Jobcenterpersonal an Zeit, sich gut über die Inhalte der Maßnahmen zu informieren, die Maßnahmenträger in der Region anbieten.

Damit Lebenszeit nicht „verschwendet“ (Wortwahl unserer jungen Gesprächspartner:innen) wird, ist aber auch die aktive Mitwirkung des Maßnahmenträgers wichtig. Er verfügt durch den engen Kontakt mit den Klient:innen über eine fundierte Einschätzung zu deren Bedarfen. Gleichzeitig kennt er die angebotene Maßnahme, ihre Möglichkeiten und Grenzen, besser als alle anderen Akteure. Der Maßnahmenträger müsste im Falle der Nichtpassung, die entweder von vornherein aufgrund einer ungünstigen Zuweisung besteht, oder die sich aufgrund der individuellen Entwicklung eines Klienten in der Maßnahme ergibt, diesen vorzeitig entlassen oder in passendere Maßnahmen vermitteln. Dem steht unter den aktuellen Finanzierungsbedingungen im ÜS allerdings ein Eigeninteresse entgegen, dass der Maßnahmenträger hat und im Sinne des Fortbestands als Organisation auch haben muss: Er kann die Maßnahme, aus der ihm laufende Kosten (für Personal, Räumlichkeiten, etc.) entstehen, nur dann mit dem Jobcenter abrechnen, wenn die Plätze dauerhaft besetzt sind. Für einen unterjährig ausscheidenden Teilnehmenden steht jedoch i. d. R. nicht sofort Ersatz bereit. Dies spricht für veränderte Finanzierungsstrukturen, die Maßnahmenträgern mehr finanzielle Autonomie lassen.

Weitere Empfehlung auf Basis unserer Forschung sind:

- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Sozialarbeiter:innen. Faktoren wie Stress, schlechte Bezahlung, befristete Verträge, führen zu Personalfluktuation. Dies konnten wir vor allem in der Großstadt feststellen, wo es mehr Beschäftigungsalternativen gibt als im ländlichen Raum. Die Fluktuation macht es für die Teilnehmenden schwieriger, von den Maßnahmen zu profitieren (z. B. wegen Unterrichtsausfalls und dem Wegfall von Personen, zu denen eine positive Beziehung aufgebaut werden konnte). Die Arbeitsbedingungen ließen sich z. B. durch eine längerfristige Finanzierung der Maßnahmen verbessern, so dass länger laufende Arbeitsverträge ausgestellt werden können, und durch eine Verminderung von Dokumentationspflichten.
- Eine stärkere psychologische Unterstützung für die Teilnehmenden. Häufig sind diese mit den sich stellenden Problemen überfordert. Den Wunsch nach mehr solcher Unterstützung haben

wir von den Teilnehmenden wiederholt gehört, auch die Sozialarbeiter:innen befürworten dieses Anliegen.

- Öffentliche Förderung auch für das Nachholen des mittleren Schulabschlusses. Wenn heutzutage der erste Schulabschluss oft nicht mehr ausreicht, um eine Ausbildungsstelle zu finden, sollte es das Sozialgesetz vorsehen, motivierte junge Menschen, die den mittleren Schulabschluss nachholen wollen, dabei finanziell zu unterstützen.

All diese Empfehlungen zur Verbesserung der beobachteten Programme im ÜS erfordern einen Mehraufwand an ökonomischen Ressourcen. Diese Ausgaben sollten nicht allein als Kosten gesehen werden: Die Programme sind eine lohnende Investition in die Zukunft — nicht nur für die Teilnehmenden selbst, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt: Im demografischen Wandel nimmt die Zahl junger Menschen weiter ab, es kommt immer mehr auf einen gelungenen Lebensweg jedes/r Einzelnen an. Es geht darum, dass Menschen trotz schlechter Startchancen einen Platz in der Gesellschaft finden können, von dem aus sie sich positiv in die Arbeitswelt, in die Demokratie und in die lokale Gemeinschaft einbringen können.

Eine wichtige Einschränkung ist, dass ein ÜS überhaupt nur dann die beste Lösung ist, wenn eine Ausbildungsreife bei den jungen Erwachsenen erst noch hergestellt werden muss. Wie eine Studie auf Basis der Befragung von Fachkräften kürzlich ergeben hat, müssten die meisten Teilnehmenden im ÜS eigentlich gar nicht dort sein: „*Insgesamt schätzen die Fachkräfte, dass etwa ein Viertel (26,3%) der Jugendlichen in ihren Angeboten sofort und ohne Weiteres eine Ausbildung beginnen könnten, wenn sie einen Ausbildungsplatz hätten. Etwas mehr als ein Drittel (36,4%) der Jugendlichen könnte mit einer entsprechenden Begleitung und Unterstützung ebenfalls sofort eine Ausbildung beginnen.*“ (Renk et al. 2025, 11) Die von uns beobachteten Aktivierungsmaßnahmen richteten sich zwar tendenziell an Personen mit besonders großen bzw. multiplen Vermittlungsschwierigkeiten, so dass der Anteil der Teilnehmenden, die sofort eine Ausbildung hätten beginnen können, eher geringer war. Dennoch gab es solche Fälle – die „Unterforderten“. Dieser Gruppe wäre durch eine verbesserte Aufnahmefähigkeit des Berufsbildungssystems zu helfen. Solange dort nicht genügend Ausbildungsplätze bereit stehen bzw. solange jedes Jahr freie Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, werden auch junge Klienten:innen im ÜS ausharren müssen, die eigentlich keiner weiteren Vorbereitung bedürfen. An dieser Stelle geht die in 2024 verabschiedete „Ausbildungsgarantie“ der Bundesregierung,[7] die den Weg in eine betriebliche Ausbildung bahnen will, aber als „Ultima Ratio“ auch außerbetriebliche Ausbildungen fördert, in die richtige Richtung.

Literatur

Appadurai, Arjun (2004): „The Capacity to Aspire: Culture and the Terms of Recognition“. In: Culture and Public Action, herausgegeben von Vijayendra Rao und Michael Walton. Stanford University Press.

Bonvin, Jean-Michel; Laruffa, Francesco (2024): „Transforming Social Policies and Institutions in a Capability Perspective: Agency, Voice and the Capability to Aspire“, Journal of Human Development and Capabilities, 25(4), S. 575–594.

DKJS (Hrsg.) (2023): Die Übersehenen am Übergang in die Ausbildung. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung.

Kumlin, Staffan (2004): The Personal and the Political. How Personal Welfare State Experiences Affect Political Trust and Ideology. New York: Palgrave Macmillan.

Marx, Paul, & Nguyen, Christoph Giang (2018): „Political participation in European welfare states: does social investment matter?“, Journal of European Public Policy, 25(6), S. 912-943.

Nemčok, Miroslav, Im, Zhen Jie, Grasso, Maria, & Bonomi Bezzo, Franco (2026). „Public opinion and the welfare state: sources, processes, and consequences“, Journal of European Public Policy, 33(4), S. 993-1017.

Renk, Helen, Clemens Wieland, Andreas Knoke-Wentorf, Elisabeth Aram, und Thomas Verlage (2025): Jugendliche im Übergangssektor: eine Befragung von Fachkräften. Herausgegeben von Bertelsmann Stiftung und Deutsche Kinder- und Jugendstiftung.

Richter, Maria, Francesco Laruffa, und René Lehweß-Litzmann (2026): „Benachteiligte junge Menschen durch Aktivierungsmaßnahmen stärken – eine mehrdimensionale Aufgabe“. Bildung und Erziehung, 79(3), S. 380-399.

Sen, Amartya (2000): Development as freedom. Anchor Books

Gefördert von der Europäischen Union im Rahmen von „Horizont Europa“, Fördernummer 101094560. Die hier veröffentlichten Inhalte liegen jedoch in der Verantwortung der Autoren.

Autoren

Dr. René Lehweß-Litzmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOFI. Arbeitsschwerpunkte: Strukturwandel und (regionale) Disparitäten mit Blick auf Arbeitswelt, Lebensweise, Wohlfahrt und öffentliche Daseinsvorsorge.

Dr. Francesco Laruffa, wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOFI. Arbeitsschwerpunkte: Sozialstaatsreform, (neoliberaler) Kapitalismus, sozial-ökologische Transformation.

Impressum

© Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität

Stand: November 2026

https://doi.org/10.82934/tr8m-sr71

[7] Siehe „Gesamtkonzept zur Ausbildungsgarantie“, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aus-Weiterbildung/gesamtkonzept-zur-ausbildungsgarantie.pdf?__blob=publicationFile&v=6, letzter Zugriff 2026-11-17.